



Zeitenwende in Europa - Zäsur auch in der Energiepolitik

Eckpunktepapier zur Klausurtagung am 03. März 2022



CDU FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

Die freie Welt erlebt in diesen Tagen eine historische Zäsur, deren Wirkungen fundamental sind.

Der durch den russischen Präsidenten Putin ausgelöste Angriffskrieg gegen die Ukraine führt zu einer katastrophalen humanitären Situation für die Menschen in der Region, die für ihr Land kämpfen oder geflüchtet sind. Er hat auch weitreichende geopolitische Konsequenzen zur Folge. Die zu Tage getretenen Grenzen von Diplomatie und Dialog gehen mit der Erkenntnis einher, dass militärische Fähigkeiten, wirtschaftliche Sanktionen und finanzielle Restriktionen in einer kaum mehr vorstellbaren Dimension erforderlich sind. Die Bündnispartner der freien Welt handeln entschlossen und geschlossen. Sie sind bereit, die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen und die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen.

Für Deutschland bedeutet dies die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und die Hilfe für Kriegsflüchtlinge. Darüber hinaus hat sich die geopolitische Lage fundamental verändert. Hier-von ist die Absicherung unserer Energieversorgung wesentlich betroffen. Insbesondere gilt es, die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit müssen gewährleistet bleiben. Daher sind alle verfügbaren Energiequellen als Handlungsoptionen in den Blick zu nehmen, um eine möglichst hohe Diversifizierung zu erreichen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und Gasspeicher, die Nutzung von Flüssiggasterminals, neuen Gaskraftwerken und Kohlekraftwerken als strategische Reserve aber auch die Potentiale der Kernforschung gehören in das Gesamtkonzept. Die Europäische Union, die Bundesregierung und auch das Land Brandenburg müssen jetzt die veränderten energiepolitischen Rahmenbe-dingungen grundlegend neu bewerten.

Deshalb hat die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg die Zukunft der Energieversorgung sowie die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) als Entwurf vorgelegte „Energie-strategie 2040“ in den Mittelpunkt der Klausurtagung gestellt.

Energie und Strategie in Brandenburg

Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich überaus positiv entwickelt, was auch auf Ansiedlungen und Erweiterungen von Industrieunternehmen zurückzuführen ist. Automobil- und Fahrzeugbau, Stahl- und chemische Industrie, Papiererzeugung oder die Möbelproduktion sind Beispiele für Branchen mit zunehmendem Energiebedarf, die gut bezahlte Arbeitsplätze in der Region sichern. Aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen sind auf eine sichere und bezahlbare Versorgung angewiesen.

Hohe Strompreise treffen nicht nur die Wirtschaft, sondern jede Brandenburgerin und jeden Brandenburger. Weil sich die extremen Kostensteigerungen für Strom, Gas und Kraftstoffe bei sozial Schwachen und der Mittelschicht niederschlagen, sind Preisstabilität und Bezahlbarkeit eine entscheidende soziale Frage und beeinflussen die Lebensqualität. Energie muss bezahlbar bleiben – auch vor dem Hintergrund eines steigenden Energiebedarfs durch Elektromobilität, die Wasserstofftechnologie, die Umstellung der Heizsysteme auf Wärmepumpen oder auch die Digitalisierung.



Der Ausbau regenerativer und emissionsfreier Energieerzeugung ist und bleibt der wichtigste Hebel zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2045 und muss weiter vorangetrieben werden.

Die Koalition aus SPD, CDU und B90/Grüne hat sich zum Ziel gesetzt, die Energiestrategie 2030 zu überarbeiten und zu einer Energie- und Klimastrategie weiterzuentwickeln. Neben den geostrategischen Veränderungen haben sich seit der Vorstellung des Erstentwurfs weitere fundamentale Rahmenbedingungen verändert:

- Die klima- und energiepolitischen Vorhaben der Bundesregierung
- Die Entscheidung der Europäischen Kommission Energie, die aus Gas- und Kernkraftwerken gewonnen wurde als „klimafreundlich“ einzustufen („Taxonomie“)
- Die durch die Energiekosten getriebenen Inflationsraten, mit denen Deutschland und der Euroraum gegenwärtig konfrontiert sind

Gemeinsam mit dem MWAE und den Koalitionspartnern wollen wir die großen Herausforderungen der Energiepolitik in Brandenburg annehmen und die Energiestrategie entsprechend überarbeiten.

Eckpunkte zur Überarbeitung

Energiebedarf realistisch ermitteln

Der vorliegende Entwurf der Energiestrategie geht bereits beim Primärenergiebedarf von zu optimistischen Annahmen aus: So wird angenommen, dass dieser von derzeit 177 TWh bis 2030 auf 140 TWh und 2040 auf 111 TWh sinkt. Diese Annahme ist vor dem Hintergrund einer sich technologisch weiter entwickelnden Gesellschaft, auch bei einer gesteigerten Effizienz, nicht realistisch. Eine verlässliche Energiebedarfsprognose muss den zu erwartenden Mehrbedarf berücksichtigen.

Verfügbare Potentiale neu bewerten

Die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen gilt es zu reduzieren. Durch die veränderte geopolitische Situation ist sowohl die Versorgungssicherheit, als auch die Preisstabilität nicht mehr gewährleistet. In Bezug auf die Potentiale der Windkraft ist die im Entwurf dargestellte Annahme von 2.500 Jahresvolllaststunden für Windkraftanlagen in Brandenburg unwahrscheinlich: Im Mittel ist hier von nur ca. 1.800 Volllaststunden auszugehen. Zudem ist die zur Verfügung stehende Fläche für den weiteren Ausbau der Windkraft begrenzt. Denn im Hinblick auf die Akzeptanz neuer Anlagen und die Eingriffe in die Natur sind Mindestabstände (1000 Meter zur Wohnbebauung) zu berücksichtigen. Um das Flächenpotential auszuschöpfen, sind unter Verringerung der Anbauverbotszonen Windenergieanlagen entlang von Bundesautobahnen und Schienenverkehrswegen zu ermöglichen. Weiterhin muss die nun vorliegende Potentialanalyse



der Energieagentur zum Ausbau der Solarenergie in die Energiestrategie einfließen. Auch die Erzeugung von Biogas bei der Abfallverwertung bietet noch erschließbare Potenziale.

Maßnahmen zur Diversifizierung ergreifen und umsetzen

Es bedarf einer rechtssicheren Planungsgrundlage zum Bau von Windkraftanlagen, um einen Ausweg aus den zahlreichen Moratorien zu finden. Dafür sollten durch bundesgesetzliche Regelungen die Möglichkeiten der Heilung fehlerhafter Windpläne erweitert und die Planerhaltung gestärkt werden. In den Windplänen sind die Flächen für den Ausbau von Windkraftanlagen bzw. die Eingriffe in den Lebensraum, die Kulturlandschaft und die Naturschutzgebiete darzustellen.

Die Braunkohle als einziger grundlastfähiger heimischer Energieträger muss auch über das Jahr 2030 hinaus als strategische Energiereserve verfügbar sein.

Gas zur Grundlastsicherung muss als eigenes Handlungsfeld in der Energiestrategie ausgewiesen werden. Dabei gilt es, die Bezugsquellen zu diversifizieren, Speicherkapazitäten auszuweiten sowie Standortpotenziale für den Weiterbetrieb und Neubau von Kraftwerken darzustellen.

Im Bereich der Solarenergie soll eine gesetzliche Vorgabe für Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen auf geeigneten Objekten, wie beispielsweise Parkplätzen oder Dachflächen von Gewerbeimmobilien verankert werden. Die Vorgaben sind durch Förderinstrumente zu begleiten.

Konfliktfelder identifizieren und Lösungsstrategien skizzieren

Im Entwurf der Energiestrategie werden zwar die Bereiche Akzeptanz und Beteiligung dargestellt. Allerdings sind zentrale Konfliktfelder nur angerissen. Dies gilt insbesondere für den zu erwartenden Stadt-Land-Konflikt. Hier bedarf es einer eigenen Lösungsstrategie.

Auf Forschung und Technologieoffenheit setzen

Alle Chancen neuer Technologien müssen einbezogen und gefördert werden, damit der Weg zum klimaneutralen Industrieland als Erfolgsmodell und Vorbild wirkt. Deshalb sind beispielsweise Innovationsfelder wie synthetische Kraftstoffe, thermische Abwärme oder Flugwindkraftanlagen zu fördern.

Die wissenschaftliche Forschung zur Energiegewinnung bzw. Energiespeicherung ist dabei ebenso zu unterstützen wie die Kernforschung zu Kraftwerken der IV. Generation.

Da Kraftwerke und Versorgungsnetze Bestandteile der kritischen Infrastruktur sind, unterliegen diese einem besonderen Sicherheitsbedürfnis. Darüber hinaus ist im Zuge der Digitalisierung (z.B. intelligente Netze) der Gefährdung durch Cyberkriminalität und Hackerangriffen besonderes Augenmerk zu widmen.

